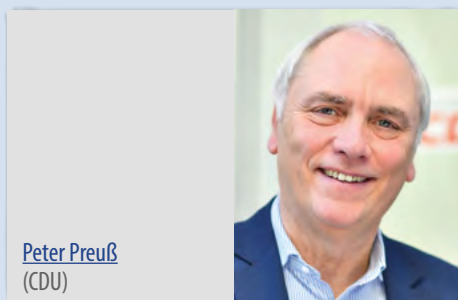


SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit“



Teilhabe am Arbeitsmarkt ...

... ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage: Wer dies geschafft hat, hat die Perspektive, durch fortlaufende Qualifikation auch aufzusteigen und voranzukommen. Den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, eröffnet finanzielle Möglichkeiten und darüber hinaus eine gesellschaftliche Teilhabe für sich selbst und die Familie.

... ist für die Menschen wichtig. Arbeit stiftet Sinn, Identität und muss für ein auskömmliches Einkommen sorgen. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist insgesamt rückläufig. Langzeitarbeitslose profitieren jedoch kaum von der guten Konjunktur. Wir brauchen daher einen sozialen Arbeitsmarkt, um allen Menschen ein Leben in Würde und Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Der erste Arbeitsmarkt ...

... muss auch für langzeitarbeitslose Menschen das Ziel sein. Die Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit liegen oft in multiplen Vermittlungshemmnissen, wie etwa einem fehlenden Schul- oder Berufsabschluss. Durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen soll langzeitarbeitslosen Menschen der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtert werden.

... befindet sich seit Jahren im Aufschwung. Dennoch sind zu viele Menschen schon seit zu langer Zeit ohne Job. Das muss sich ändern. Ziel muss Vollbeschäftigung und der Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit sein. Es ist daher gut, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart ist, dass 4 Milliarden Euro für einen sozialen Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Menschen bereitgestellt werden.

Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt ...

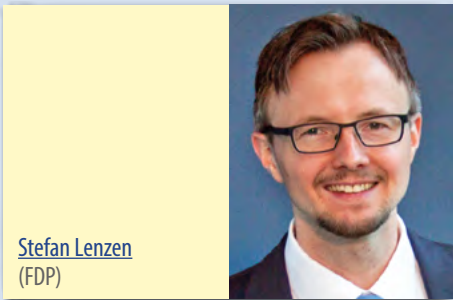
... kann hilfreich für diejenigen langzeitarbeitslosen Menschen sein, für die jede Art der Qualifikation nicht ohne weiteres realisierbar ist. Er ist jedoch kein Allheilmittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit und muss immer die Perspektive eröffnen, durch geeignete Maßnahmen eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.

... muss ein sozialer Arbeitsmarkt sein. Die fast 300.000 langzeitarbeitslosen Menschen in NRW haben oftmals keine Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und müssen ein Leben in Perspektivlosigkeit führen. Deswegen brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt als dauerhaftes Regelangebot für die betroffenen Menschen. Die Angebote müssen passgenau sein und den Lebensumständen der Menschen entsprechen.

Der Passiv-Aktiv-Transfer ...

... und seine Grundidee, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist im Prinzip richtig. Diese Möglichkeit sollte jedoch nur für eine eng begrenzte Gruppe eröffnet werden. Dabei muss genau darauf geachtet werden, in welcher Form und in welchem Umfang der PAT umgesetzt werden kann. Grundsätzlich gilt aber, dass der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt dadurch nicht verschlossen werden darf.

... ist ein wichtiger Baustein für einen sozialen Arbeitsmarkt und wurde im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verbindlich vereinbart. Die Idee dahinter ist, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und damit verbunden „Arbeit statt Langzeitarbeitslosigkeit“ zu finanzieren.

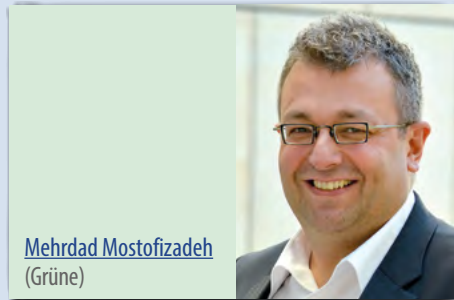


... ist für das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar. Wir wollen Menschen mit einer individuell ausgestalteten Förderung auch aus einer verfestigten Arbeitslosigkeit an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Dazu setzt die FDP vorrangig auf Bildung und Qualifizierung, für die es angepasst an die Möglichkeiten der arbeitslosen Menschen auch zertifizierte Teilqualifikationen braucht.

... ist Ziel der Integration von Langzeitarbeitslosen. Wir wollen Aufstiegsperspektiven durch eigene Leistung eröffnen. Dazu ist eine Neugestaltung der Freibeträge und Anrechnungssätze für eigenes Einkommen im SGB II nötig, um beim Übergang vom Minijob zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch tatsächlich mehr zu verdienen und so die Bedürftigkeit schrittweise verlassen zu können.

... ist Ultima Ratio für diejenigen Langzeitarbeitslosen, die von anderen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik nicht erreicht werden. Dabei sind privatwirtschaftliche Arbeitgeber einzubinden, um eine Förderung an der betrieblichen Realität zu orientieren. Eine Beschäftigung in gesonderten Maßnahmen jenseits des regulären Arbeitsmarktes würde hingegen die Betroffenen in eine Sackgasse führen.

... bildet ein geeignetes Instrument für eine verlässliche Finanzierung. Dazu werden die bereits vorhandenen Finanzmittel von Bund und Kommunen für passive Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft zur aktiven Förderung von Beschäftigung eingesetzt. Für diesen Passiv-Aktiv-Transfer müssen jetzt auf Bundesebene die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.



... muss auch für Menschen ohne Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich sein. Denn der Ausschluss aus Erwerbsarbeit führt zu materieller Armut sowie seelischen Belastungen und erschwert die soziale Teilhabe. Langzeitarbeitslose sollten die Möglichkeit haben, freiwillig eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben, mit der sie ihren Lebensunterhalt sichern können, um dabei Kompetenzen und Selbstbewusstsein aufzubauen.

... ist wesentliche Basis für zukunftsfähige Arbeit, bietet aber trotz guter Konjunktur nicht ausreichend Chancen für langzeitarbeitslose Menschen. Die Arbeitsmarktpolitik muss neu ausgerichtet werden. Die Menschen müssen besser qualifiziert, bessere Beratung und Betreuung durch die Jobcenter müssen ermöglicht werden. Letztere müssen den Freiraum erhalten, individuellere und langfristige Strategien zu entwickeln.

... sollte als „Sozialer Arbeitsmarkt“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen, in denen die Betroffenen betreut werden, um sie in ihrer Beschäftigung zu stabilisieren. Der Wechsel in reguläre Beschäftigung soll dabei jederzeit möglich sein. Als Arbeitgeber sollten privat-gewerbliche Betriebe, gemeinnützige Träger und Kommunen fungieren.

... ist ein Instrument, um durch Förderverschiebung richtigerweise sozialversicherungspflichtige Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Allerdings reichen die von der Großen Koalition angekündigten Mittel nicht aus. Zudem darf diese Umwandlung das seit Jahren unterfinanzierte Eingliederungsbudget für Maßnahmen im Rahmen des SGB II nicht belasten.



... verquickt die Begrifflichkeiten „Teilhabe“ und „Arbeit“. Während Arbeit qua Definition Produktivität voraussetzt, verstehen wir unter Teilhabe vor allem die Teilhabe am sozialen Miteinander. Wer arbeiten geht, hat sicher immer am sozialen Leben teil, aber nicht jeder, der am sozialen Leben teilhat, ist produktiv. Es täte gut, im Diskurs beides voneinander zu trennen.

... sollte für das Gros der Bevölkerung der Ort des beruflichen Wirkens sein. Technischer Fortschritt und Digitalisierung haben viele einfache Tätigkeiten überflüssig gemacht. Man könnte beispielsweise bei mittelständischen Unternehmen die Abgabenlast mindern, damit sie als Arbeitgeber auch wieder jemanden beschäftigen, dessen Arbeitskraft nicht ausschließlich an Effizienz gemessen werden kann.

... ist nichts Neues und als Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit kaum wegzudenken. Allerdings sind bei den erfolgreichen Projekten die Erfolgsquoten ernüchternd gering. Dieses Instrument behandelt die Symptome, löst aber nicht das Problem. Um künftige Kohorten Arbeitsloser zu verhindern, müssen wir die Werte einer humanistischen Leistungsgesellschaft wieder in den Vordergrund rücken.

... wird vermutlich nicht den gewünschten Wandel bringen. Es ist immer besser, Mittel in die Aktivierung von Langzeitarbeitslosen zu stecken, als sich auf das reine Zahlen von Hilfen für den Lebensunterhalt zu beschränken. Aber wie die Konrad-Adenauer-Stiftung schon prognostiziert hat, werden für den Betreuungsapparat zusätzliche Kosten entstehen. Ob die neuen geförderten Arbeitsplätze mehr Erfolg bringen, ist hingegen ungewiss.